

AUFRUF

Aufbruch in eine gerechte Gesellschaft für Alle!



Seit Herbst 2017 sitzt die AfD als drittstärkste Fraktion und Oppositionsführerin im Bundestag. Die sich darin ausdrückende Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und reaktionären Gesellschaftsbild ist nicht als Ursache, sondern als Wirkung auszumachen.

Die Ursachen sind bekannt – die Lösungen müssen massiv eingefordert werden

Die Gesellschaft ist geprägt von einer seit über 30 Jahren anhaltenden, seit 20 Jahren verschärften neoliberalen Politik der Privatisierung, Deregulierung, Umverteilung, Ökonomisierung aller Lebensbereiche und des Abbaus des Sozialstaates: Eine immer stärkere Ellenbogenmentalität; die Zunahme befristeter, schlecht bezahlter und unsicherer Jobs; Reallohnverluste; Renten, die zunehmend Armut bedeuten; Kumpanei der Regierung mit der Großindustrie; Explosion der Mieten in den Metropolen; Weigerung von Regierung und Industrie die Klimakrise wirklich zu bekämpfen; Zweiklassenmedizin; Pflegenotstand; Bildungsnotstand, Sparpolitik zulasten der Infrastruktur und öffentlicher Aufgaben usw.

All dies führt bei den Menschen zunehmend zu Ängsten vor Abstieg und Armut, Verunsicherung, Ungerechtigkeitsempfinden, Wut, Ohnmacht, und zu gesellschaftlicher Spaltung.

Die Aufnahme von Geflüchteten verschärft diese Ängste, da der scheinbar immer kleiner werdende Kuchen nun unter mehr Köpfen geteilt werden muss. Ängste vor »den Fremden« kommen hinzu. Die Bevölkerung fühlt sich zunehmend von den sogenannten Volksparteien nicht mehr vertreten.

Die AfD knüpft an den Ängsten und Gefühlslagen der Menschen an, erklärt alles mit der Zunahme der Geflüchteten, was diese in »unsere« Gesellschaft einbringen (Überfremdung, Islamisierung, Kriminalität, Terror, ...) und was sie kosten. Der politische und mediale Umgang mit der AfD treibt verunsicherte Menschen zusätzlich in die Arme einer zunehmend rechtsextremen Partei.

Dies macht deutlich: Wir brauchen eine wirklich gerechte Gesellschaft für alle, einen entsprechenden Politikwechsel und den Kampf darum, um so auch AfD und Co. den Boden zu entziehen!

Wer wir sind und was wir wollen

Wir, eine Gruppe von Gewerkschafter*innen, Kulturschaffenden, Menschen aus sozialen und gesellschaftlichen Bündnissen aus NRW, sind der Auffassung, dass es mehr denn je nötig ist, die Weichen für eine gerechte Gesellschaft für alle zu stellen.

Wir sind überzeugt, dass es unter den derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnissen keine der notwendigen Veränderungen geben wird. Deshalb wollen wir eine breite gesellschaftliche Debatte anstoßen, die sich mit der Frage auseinandersetzt: »Was muss sich dringend ändern, damit unsere Gesellschaft für Alle gerecht wird?«

Eine breite zivilgesellschaftliche Debatte eröffnen – eine Bewegung für eine gerechte Gesellschaft für Alle initiieren

Wir sind der Auffassung, dass eine verwirklichte gerechte Gesellschaft für alle anhand der wesentlichen Lebens- und Politikbereiche in der Form eines politischen Anforderungskatalogs konkret gefüllt werden muss.

Für diese Debatte suchen wir engagierte Menschen, die aus diversen Betroffenheiten und lokalen und thematischen Bezügen mitdiskutieren und für einen breiten Diskurs sorgen. Formen dazu sind Konferenzen, Veranstaltungen und die Aktivierung und Initiierung örtlicher Netzwerke.

Als ersten Schritt, um unsere Intention deutlich zu machen, haben wir exemplarisch an ausgewählten Lebens- und Politikbereichen versucht zu beschreiben, was eine gerechte Gesellschaft für alle beinhaltet. Dies gilt es jetzt weiter zu füllen!

Mit einem vollständigen politischen Anforderungskatalog wollen wir eine breite politische Debatte und Bewegung anstoßen, mit der die regierende Politik in Bund und Ländern konfrontiert und außerparlamentarisch Druck für einen Politikwechsel entwickelt wird.

WIR SIND VIELE UND WIR SIND ÜBERALL. MACH MIT!

Aufbruch in eine gerechte Gesellschaft für Alle!

Anhand der zentralen Lebens- und Politikbereiche wollen wir als politischen Anforderungskatalog ausfüllen, was eine gerechte Gesellschaft beinhaltet und mit einer anderen Politik so auch verwirklichtbar ist. Wir beginnen exemplarisch mit 7 Lebensbereichen. Deren Diskussion und Präzisierung und Erweiterung um alle als zentral für wichtig gehaltenen Lebens- und Politikbereiche sind Aufgabe und Teil des gemeinsamen Prozesses unter allen, die mitmachen.

Wohlstand für Alle: ein Einkommen für alle, das die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und Armut verhindert

Obwohl der produzierte Reichtum jährlich wächst und die Leistungen der Beschäftigten stetig steigen, ist bei etwa 40 Prozent der Beschäftigten in den letzten zehn Jahren das reale Einkommen gesunken! In einem ersten Schritt müssen der Niedriglohnsektor und die prekären Arbeitsverhältnisse beseitigt sowie eine steigende Tarifbindung erreicht werden, damit alle Beschäftigten am produzierten Reichtum teilhaben. Der Einkommensverlust für Frauen gegenüber Männern für vergleichbare Arbeit ist unerträglich. Der gesellschaftlich erarbeitete Wohlstand muss gerecht verteilt werden. Die Grundsicherung muss tatsächlich das Existenzminimum absichern und sanktionsfrei sein.

Gute Pflege und Gesundheit für Alle – gegen die Zwei-Klassen-Medizin

Patient*innen werden in Krankenhäusern häufig schlecht versorgt, weil es an Pflegekräften mangelt, die zudem auch noch schlecht bezahlt werden. Zuwenig Personal muss sich um die Kranken kümmern – das ist schlecht für die Beschäftigten und die Patient*innen.

Medizinische Leistungen werden zudem differenziert nach Privat- und Pflichtversicherten. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen deutlich mehr Personal in den Kliniken sowie eine gleich gute Gesundheitsversorgung für alle. Die Privatisierung der Krankenhäuser als Profitcenter muss rückgängig gemacht werden. Weg von den Fallpauschalen und zurück zur bedarfsgerechten Finanzierung. Die Bürgerversicherung, in die jeder einzahlt, muss wieder auf die Tagesordnung.

Auch in der Altenpflege brauchen wir endlich bedarfsgerecht mehr Personal und eine der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit entsprechende Bezahlung, damit »alt werden« für Normalverdiener nicht zum menschen-unwürdigen »Abschieben« verkommt. Altenpflege muss weg von privaten Pflegekonzernen und zur öffentlichen Aufgabe werden.

Gute Bildung für alle

Im deutschen Schulsystem ist der Lernerfolg vor allem vom sozialen Status abhängig. Herkunftsbezogene Unterschiede werden nicht ausgeglichen, soziale Ungleichheiten zementiert. Zehntausende Lehrer*innen und Erzieher*innen fehlen. Viele Einrichtungen sind marode. Der Investitionsstau allein bei der schulischen Infrastruktur beträgt 45 Milliarden Euro. Ein den Bedarfen entsprechendes Angebot an Ganztagsbetreuung, Schulsozialarbeit und -psycholog*innen fehlt. Frühpädagog*innen / Erzieher*innen werden nicht entsprechend ihrer Leistung für die Gesellschaft wertgeschätzt und bezahlt.

Um gute Bildungsangebote für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen, muss das Schulsystem durchlässiger, die Bildungsangebote der Kinder- und Jugendarbeit flächendeckend ausgebaut sowie die schulische Inklusion entschieden verbessert werden.

Vorrangig sind eine den Bedarfen gerecht werdende Ausbildung und Einstellung von Lehrer*innen und Erzieher*innen und deren angemessene Bezahlung, die notwendigen aktuellen und laufenden Investitionen in die schulische Infrastruktur und den flächendeckenden Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen. All dies bedeutet eine wirkliche Bildungsoffensive und eine dementsprechend massive und dauerhafte Erhöhung der Mittel für Bildung und Weiterbildung.

Bezahlbares Wohnen für alle

Schätzungsweise 650.000 Menschen sind in Deutschland wohnungslos. Der Bestand an Sozialwohnungen ist von 2,6 Millionen im Jahre 2000 auf heute 1,2 Millionen gesunken. In Deutschland fehlen aktuell mindestens 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen.

Der Wohnungsmarkt wird immer mehr zum Spekulationsobjekt:

- Kommunale, landes- und bundeseigene Wohnungsgesellschaften wurden und werden an Investoren und profitorientierte Wohnungskonzerne verkauft.
- Ganze Stadtteile werden luxussaniert, als Miet- oder Eigentumswohnungen teuer an ein zahlungsfähiges Klientel vergeben und bisherige Mieter*innen mit nicht tragbaren Mietsteigerungen konfrontiert und vertrieben.
- Privatgrundstücke liegen zu Spekulationszwecken viele Jahre brach.

Inzwischen müssen oft 40 Prozent und mehr der kleinen und mittleren Einkommen für Miete aufgewandt werden – ein massiv zunehmendes Armutsrisiko.

Wohnraum ist aber ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge. Aus diesem Grunde muss Wohnraum der staatlichen Steuerung unterliegen. Der Staat in Kommune, Land und Bund muss wieder selber aktiv werden, um bezahlbaren Wohnraum in Lage, Größe und Preis demokratisch legitimiert bereit zu stellen. Um aktuell den Missstand zu beseitigen, brauchen wir sofort ein massives öffentliches Investitionsprogramm für den sozialen Wohnungsbau sowie eine wirksame Mietpreisbremse. Zugleich geht es um die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit für öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen und Regelungen zur Verhinderung der Spekulation mit Boden.

Im Alter gut von der Rente leben können

Das Rentenniveau ist von 53 Prozent des durchschnittlichen Einkommens inzwischen auf 48 Prozent gesunken (vor Steuern!). Die Zahl der Rentner*innen in Grundsicherung nimmt zu.

Wenn nicht umgesteuert wird, sind immer mehr Menschen von sozialem Abstieg oder gar Armut im Alter oder bei Erwerbsminderung bedroht. Heute ist klar: Private Vorsorge kann die Lücke nicht schließen, die Riesterrente ist gescheitert.

Was wir brauchen, ist eine verlässliche, gerecht finanzierte gesetzliche Rente, die genau wie die Löhne an den steigenden Wohlstand angepasst wird und vor sozialem Abstieg und Altersarmut schützt. Wege dazu sind: Zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent, Einführung einer armutsfesten gesetzlichen Grundrente, keine Deckelung des Beitrages zur Rentenversicherung bei 20 Prozent, Erhöhung oder Abschaffung der Versicherungshöchstgrenze, Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung, Abkehr von Riester und Verwendung der steuerlichen Zuschüsse zur Stärkung der gesetzlichen Rente, volle Zahlung der versicherungsfremden Leistungen aus Steuern.

Frieden, Entspannung, Abrüstung statt Militarisierung der Gesellschaft und Beteiligung an Kriegen

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und jeder Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Deshalb ist an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten und Konfliktlösungen ohne Gewalt zu betreiben. Produktion, Verkauf und Einsatz von Waffen und Rüstungsgütern sind weltweit einzudämmen. Für zivile Strategien zur Friedenssicherung ist die Völkergemeinschaft (UN) zu stärken. Das Gebot der Stunde ist, den Rüstungsetat in Deutschland nicht zu erhöhen, statt Aufrüstung eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik einzuleiten, Auslandseinsätze der Bundeswehr einzustellen bzw. lediglich nur unter einem UN-Mandat durchzuführen sowie Waffen- und Rüstungsexporte zu stoppen.

Für eine menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik

Menschen, die gezwungen sind, vor Krieg, Klimawandel, Umweltzerstörung, Elend und Verfolgung aus ihren Herkunftsländern zu fliehen, muss der Zugang zum individuellen Recht auf Asyl gewahrt bleiben. Dazu sind legale und sichere Fluchtwege nach Europa erforderlich. Familien dürfen nicht über Jahre hinweg getrennt werden, das Recht auf Familiennachzug muss gewährleistet werden.

Ein soziokulturelles Existenzminimum ist für alle Menschen zu gewährleisten. Die ankommenden Menschen sind in Würde aufzunehmen und bedarfsgerecht zu versorgen.

Bezahlbarer Wohnraum muss für alle Menschen zur Verfügung stehen. Bildung, Ausbildung und Beschäftigung sind Grundvoraussetzungen für ökonomische und damit auch soziale und kulturelle Teilhabe und für Integration.

Finanzierung durch gerechte Steuerbeiträge aller

Um die Mängel und Missstände in den zentralen Lebensbereichen Wohnen, Bildung, Erziehung, Gesundheit, Rente und Infrastruktur zu beseitigen sind massive Investitionen von ca 100 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich. Diese Mittel können zu einem großen Teil durch gerechte Steuerbeiträge für alle aufgebracht werden. Die Reichen und Hyperreichen sowie die gewinnstarken Unternehmen leisten seit vielen Jahren keine angemessenen Steuerbeiträge für die Gemeinschaft! Es ist deshalb gerecht und ökonomisch sinnvoll, diese Gruppe angemessen an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen. Mit einer Vermögenssteuer für Millionäre, einer wirksamen Erbschaftssteuer, angemessenen Gewinn- und Kapitalsteuern erhalten Bund, Länder und Gemeinden die erforderlichen Mittel für massive Investitionen zur Verbesserung der Lebensbereiche und für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

Hinweis

Weitere Lebens- und Politikbereiche, die Teil des politischen Anforderungskatalogs einer gerechten Gesellschaft für alle sein können und bisher nicht formuliert sind: Mobilität, Klimakrise / Energiewende, gerechter (Welt) Handel, faire Arbeit, soziales Europa, inklusive Gesellschaft, Kultur, Naturschutz, Nachhaltigkeit, Solidarität, Antirassismus u.s.w.

Impresum / Kontakt

Bündnis Reichtum umverteilen – Netzwerk NRW, vertreten durch:

Uwe Foullong
c/o Gewerkschaft ver.di – Bezirk Düssel-Rhein-Wupper
Sonnenstraße 14
40227 Düsseldorf